



**mouvement
écologique**

An den Schöffenrat

Luxemburg, den 1. August 2014

betrifft: Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Prozedur zu den sektoriellen Plänen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hiermit möchte der Mouvement Ecologique Ihnen seine Stellungnahme zu den Entwürfen der sektoriellen Pläne im Rahmen der öffentlichen Prozedur einreichen.

Wir sind der Überzeugung, dass die Erstellung und Vorlage der vier verschiedenen sektoriellen Pläne durchaus begrüßenswert ist und diese Entwürfe eine ganze Reihe sehr positiver Ansätze enthalten. Allerdings müssten doch grundsätzliche Verbesserungen an den Entwürfen durchgeführt werden.

Die Anregungen des Mouvement Ecologique werden ausführlich in beiliegendem Dokument, das als integraler Bestandteil dieser Stellungnahme im Rahmen der Prozedur zu werten ist, dargelegt. Wir möchten folgende Aspekte explizit hervorheben:

- Grundsätzlich sind wir der **Überzeugung, dass die Pläne weitaus stärker in den Dienst einer kohärenten Entwicklung des Landes gesetzt werden sollen, statt dass sie in erster Linie als Ziel haben, vor allem das Wachstum besser zu organisieren**. Die Ziele der Landesplanung, u.a. eine "kohärente Entwicklung der Regionen" - "Arbeiten / Wohnen / Mobilität zusammenbringen", "prioritäre Entwicklung zentraler Ortschaften" ... müssten verstärkt in den Fokus gerückt und die Pläne, im Besonderen der sektorielle Planentwurf "Logement", grundsätzlich in diesem Sinne überarbeitet sowie alle Pläne stärker miteinander verzahnt werden.
- Der Mouvement Ecologique hinterfragt zudem kritisch, dass
 - * 43 "prioritäre" Gemeinden (!) 20% Siedlungsausfläche innerhalb eines bestimmten Zeithorizontes ausweisen müssen;
 - * und die restlichen "komplementären" Gemeinden das gesamte Siedlungspotential ihrer Flächennutzungspläne in den kommenden 6 Jahren ausnutzen können, dann während 6 Jahren "nur" um 20% anwachsen und *daraufhin erst* nur noch um weitere 10% dürfen.**Mit diesem starken Wachstumsdruck, verteilt über das ganze Land, ist eine disparate Siedlungsentwicklung auf der gesamten Landesfläche vorprogrammiert**, statt dass, wie vom Programm der Landesplanung (2003) gewollt, eine prioritäre Entwicklung in sog. "zentralen Orten" erfolgt.

Die “zones difféérées”, die von vielen Gemeinden im Rahmen ihres PAG ausgewiesen wurden und ein sinnvolles und bewährtes Instrument sind, um die Entwicklung der Gemeinde *phasenweise* anzugehen, werden durch diesen Wachstumsdruck in Frage gestellt. **Als Mouvement Ecologique hoffen wir, dass Sie als Gemeinde diese Wachstumslogik quer über das ganze Land bzw. in ihrer Region hinterfragen und ebenfalls für die Beibehaltung einer phasierten Vorgehensweise der Gemeinden eintreten (also dem Beibehalten der kommunalen zeitlichen Steuerungsmöglichkeit durch Ausweisung von “zones difféérées”), die dem Prinzip einer “Entwicklung von Innen nach Außen” gerecht wird.**

- Der Mouvement Ecologique begrüßt ausdrücklich die Zusammenarbeit von Staat und Gemeinden innerhalb von “**Konventionsgebieten**”, somit auch in der “AirRegion”. Umso mehr ist es für den Mouvement Ecologique unverständlich, warum der Staat nicht in einen Dialog mit den Gemeinden in den verschiedenen Konventionsgebieten getreten ist, sondern ALLEN Gemeinden der Konventionsgebiete *pauschale* 20%-Wachstumsziele verordnet. Dies losgelöst davon, ob es sich um ländliche Gemeinden oder sogenannte “zentrale Orte” handelt.

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass die Gemeinden der Konventionsgebiete darauf bestehen sollen, dass sie als Gemeinden innerhalb eines Konventionsgebietes - in Absprache mit dem Staat - *selbst* regeln können in welchem Ausmaß sie anwachsen und welche Gemeinden hier welche Funktion übernehmen sollen.

- Der Mouvement Ecologique hinterfragt zudem äusserst kritisch die Mehrzahl der “projets d’envergure”. In der Tat widersprechen diese häufig den Zielen der Direktiven der Landesplanung bzw. stellen sie ein überdimensioniertes Anwachsen verschiedener Gemeinden dar. Prioritäres Ziel der Landesplanung soll sein, zuerst die Baulanderschließung *innerhalb* der bestehenden Perimeter zu gewährleisten sowie die laufenden Entwicklungsprojekte (welche sich vor allem innerhalb von Ortschaften befinden) umzusetzen (wie z.B. Mersch-Gare, Dudelingen-Schmelz, Wiltz u.a.m.), statt neuer „projets d’envergure“ umzusetzen, die sich zudem vielfach auf der „grünen Wiese“ am Ortsrand befinden! Insofern sind wir auch der Überzeugung, dass auch das “projet d’envergure” in der Gemeinde Contern kritisch zu hinterfragen ist. Die Gemeinde **Contern** ist laut Programm der Landesplanung (2003) kein „centre de développement et d’attraction“ (auch wenn die Gemeinde im Rahmen der Air-Region nun als „commune prioritaire“ geführt wird). Ein weiteres Anwachsen wäre aus landesplanerischer Sicht nicht sinnvoll. Das vorgesehene « **projet d’envergure** » in der Gemeinde ist in diesem Zusammenhang als völlig überdimensioniert zu werten. Zitat aus der Umweltverträglichkeits-Studie: „Die Siedlungserweiterung hat eine Flächengröße, die mehr als der Hälfte der bestehenden Besiedlung entspricht. Dadurch erfolgt eine starke Überprägung des Raumes und der vorhandenen Siedlungsstruktur.“
- Der Staat legt den Gemeinden zusätzlich mittels sektoriellen Plan “Wohnungsbau” erhebliche **Infrastrukturkosten** auf. Die Gemeinden müssen zwar die staatlichen Wachstumsvorgaben umsetzen, werden aber bei der Übernahme der Folgekosten (Infrastrukturen, Kläranlage, Kinderbetreuung...) alleine gelassen. Dies u.a. auch weil eine Reform der Gemeindefinanzen noch aussteht. Wenn die Gemeinde zusätzlich zu den generellen Wachstumszielen auch noch mit der Umsetzung eines “projet d’envergure”

befasst wird, wird dies umso problematischer. Da die Ausweisung solcher Projekte vielfach auf der "grünen Wiese" stattfinden soll, sind die anfallenden Kosten entsprechend höher.

- Problematisch ist auch, dass für alle "*communes prioritaires*" sowie alle "*communes complémentaires*" jeweils **generelle** Bebauungsdichten gelten sollen. Dies kommt einer Aushebelung der kommunalen Verantwortung gleich und berücksichtigt die Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gemeinden bzw. lokalen Gegebenheiten nicht. Alle Gemeinden "über einen Kamm scheren" zu wollen, ist einer harmonischen an die Gemeinde angepassten Siedlungsentwicklung nicht zuträglich. Insofern wäre es angebracht, wenn sich auch ihre Gemeinde gegen diese Vorgabe stellen würde.
- In zahlreichen Gemeinden ist es zudem möglich, eine sinnvolle Bevölkerungsentwicklung durch die **Mobilisierung von derzeit im Flächennutzungsplan (PAG) ausgewiesenem Bauland innerhalb** des aktuellen Bauperimeters zu erreichen. Gerade die Nutzung dieser Areale würde aus planerischen wie auch finanziellen Gründen Sinn machen: diese Parzellen liegen in der Regel innerhalb der Ortschaften, sind relativ gut erschließbar u.a.m. zu deren Mobilisierung liefert der sektorielle Plan jedoch keine weitere Unterstützung für die Gemeinden! Unserer Meinung nach sollten die Gemeinden dafür eintreten, dass der Staat ihnen mittels sektoriellen Plan verstärkt Instrumente und Hilfestellung zur Mobilisierung solcher Flächen zur Verfügung stellt.
- Der Mouvement Ecologique bedauert, dass die Auswirkungen der vier regionalen Planentwürfe - in ihrer *Gesamtheit* - auf **die Entwicklung der einzelnen Regionen** nicht dargestellt wird. Es ist in der Tat völlig unklar, was das zusätzliche Wachstum an zusätzlichem Mobilitätsaufkommen, an zusätzlichen Infrastrukturen, an Belastungsdruck z.B. auf Erholungsgebiete u.a.m. nach sich zieht. In den regionalen Vorstellungsversammlungen - so lobenswert deren Durchführung auch war - wurden diese Auswirkungen nicht präzisiert. Als Mouvement Ecologique schlagen wir Ihnen vor, im Rahmen Ihrer Stellungnahme, diese Problematik anzusprechen, da auch Ihre Gemeinde davon betroffen sein kann.
- Der sektorielle Plan "geschützte Landschaften" gibt auch den Gemeinden eine gewisse Planungssicherheit. Insofern wäre es auch in ihrem Interesse, wenn dieser umfassend wäre und nicht "phasenweise" neue Schutzkategorien hinzu kämen. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn u.a. die **Liste der Schutzobjekte aktualisiert werden würde.** u.a.m.
- Der Mouvement Ecologique wehrt sich kategorisch dagegen, dass **der Entwurf des "sektoriellen Planes geschützte Landschaften" durch die anderen Pläne grundsätzlich in Frage gestellt wird.** Wir bitten Sie eindringlich, bei der Erstellung Ihres neuen PAG allen Vorgaben des sektoriellen Planes "Geschützte Landschaften" Rechnung zu tragen und sich ebenfalls bei der Regierung dafür einzusetzen, dass Aktivitätszonen auf ihre Konformität zu diesem Plan hin untersucht und auch geplante Projekte im Mobilitätsbereich nur dann umgesetzt werden können, wenn sie nicht in Widerspruch zum sektoriellen Plan "Geschützte Landschaften" stehen.
- Was die in der "AirRegion" geplante **neue regionale Industriezone zwischen Munsbach und Niederanven** betrifft, so muss der Mouvement Ecologique feststellen, dass sich

zwischen dieser Zone und Niederaanven eine (sehr schmale) „coupure verte“ befindet, während dies nicht der Fall ist in Richtung Munsbach: somit wächst die Industriezone nach Munsbach und schmälert die Lebensqualität der Einwohner erheblich. Es stellt sich darüber hinaus die Frage über die Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit dieser größten neuen Industriezone von ganz Luxemburg. Der Mouvement Ecologique stellt somit diese neue Industriezone vom Prinzip her in Frage.

- Eine bessere Organisation der Mobilität erfordert weitaus mehr als “nur” neue Infrastrukturprojekte, sondern z.B. eine Reorganisation des Busangebotes, verstärkte Beratung von Betrieben für die Erstellung von Mobilitätskonzepten u.a.m. Insofern tritt der Mouvement Ecologique dafür ein, dass das **Gesetz zur Organisation des öffentlichen Transportes reformiert** werden muss und wir würden es begrüßen, wenn sie ebenfalls auf die Bedeutung dieser Reform hinweisen würden.
- Im Entwurf des sektoriellen Planes “Transport” ist vorgesehen, dass alle aufgelisteten Infrastrukturprojekte umgesetzt werden können, losgelöst davon, ob sie aus Sicht der strategischen Umweltprüfung – also aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes, aber auch z.B. des Schutzes der EinwohnerInnen vor Lärm usw. – zulässig sind. Dies gilt auch für derzeit strittige Projekte.
Diese Bestimmung stellt auch die Rechte der betroffenen Gemeinden in Frage, da diese z.B. nur noch sehr begrenzt für die Belange des Erhaltes von Naherholungsgebieten oder von EinwohnerInnen eintreten können, die durch die Trassierung in ihrer Wohnqualität beeinträchtigt werden. Die Durchführung der auch vom EU-Recht vorgeschriebener **Umweltverträglichkeitsstudie** ist in allen Fällen zwingend geboten, um eine sachgerechte Abwägung über das Für und Wider eines Projektes zu ermöglichen.

Dieses sind einige wesentliche Bemerkungen unsererseits zu den Entwürfe der sektoriellen Pläne. Für alle Details verweisen wir auf beiliegende Stellungnahme, die - wie schon erwähnt - integraler Bestandteil unseres Schreibens an Sie im Rahmen der laufenden Prozedur ist.

Angesichts der begrenzten Zeit, die zur Begutachtung der Entwürfe im Rahmen der Prozedur zur Verfügung steht, hoffen wir, dass über die Prozedur hinaus, eine ergebnisoffene, breite Diskussion aller Akteure stattfinden kann.

Hochachtungsvoll

Blanche Weber
Präsidentin

Gérard Kieffer
Vize-Präsident Regionale Syrdall

Anhang:

Detaillierte Stellungnahme *“Landesplanung braucht einen Qualitätssprung: Mouvement Ecologique fordert breite und ergebnisoffene Diskussion”*.